

Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Ausschussdienst und Stenografischer Dienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Bildungsausschuss**

18. WP - 47. Sitzung

am Donnerstag, dem 18. September 2014, 14 Uhr,  
in Sitzungszimmer 142 des Landtags

### **Anwesende Abgeordnete**

Anke Erdmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vorsitzende

Heike Franzen (CDU)

Daniel Günther (CDU)

Heiner Rickers (CDU)

Martin Habersaat (SPD)

Beate Raudies (SPD)

Kai-Oliver Vogel (SPD)

Ines Strehlau (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Anita Klahn (FDP)

Sven Krumbeck (PIRATEN)

Lars Harms (SSW)

i. V. v. Jette Waldinger-Thiering

### **Weitere Abgeordnete**

Tobias von Pein (SPD)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

<b>Tagesordnung:</b>	<b>Seite</b>
<b>1. Vorstellung der neuen Ministerin für Schule und Berufsbildung, Britta Ernst</b>	<b>5</b>
<b>2. a) Inklusion an Schulen</b>	<b>6</b>
Bericht der Landesregierung <a href="#">Drucksache 18/2065</a>	
<b>b) Resolution zum Erhalt von Förderzentren</b>	
Antrag der Fraktion der FDP <a href="#">Drucksache 18/1731</a>	
Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW <a href="#">Drucksache 18/1791</a> - selbstständig -	
<b>c) Neue Lösungswege zur Inklusion in Schulen</b>	
Antrag der Fraktion der FDP <a href="#">Drucksache 18/1996</a>	
<b>3. Bericht des Bildungsministeriums über befristete Verträge für Lehrerinnen und Lehrer</b>	<b>7</b>
Vorlage des Bildungsministeriums <a href="#">Umdruck 18/3296</a>	
<b>4. Landesweit einheitliche Standards für Entwicklungsberichte von Kompeten- zen in Grundschulen</b>	<b>8</b>
Antrag der Fraktion der PIRATEN <a href="#">Drucksache 18/2212</a>	
<b>Zeugnisnoten in Kombination mit Lernentwicklungsberichten sind eine berei- chernde Chance für alle</b>	
Antrag der Fraktionen von CDU und FDP <a href="#">Drucksache 18/2257</a> (neu)	
Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRA- TEN und der Abgeordneten des SSW <a href="#">Umdruck 18/3336</a>	

- 5. Palliativstation am UKSH, Standort Lübeck** 10  
Vorlage des Wissenschaftsministeriums  
interner [Umdruck 18/3192](#)
- 6. Bericht Konzept für Familienzentren** 11  
Bericht der Landesregierung  
[Drucksache 18/2026](#)
- 7. Terminplanung 2015** 12  
[Umdruck 18/3269](#) (neu)
- 8. Verschiedenes** 13
- 9. Vorstellung der neuen Wissenschaftsministerin, Kristin Alheit** 14  
Antrag der Fraktion der CDU  
[Umdruck 18/3324](#)

Die Vorsitzende, Abg. Erdmann, eröffnet die Sitzung um 14:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

**Vorstellung der neuen Ministerin für Schule und Berufsbildung, Britta Ernst**

Frau Ernst, Ministerin für Schule und Berufsbildung, stellt sich kurz vor und benennt als wesentliche Herausforderung der Schulpolitik Bildungsgerechtigkeit und Leistungsfähigkeit des Schulsystems.

Punkt 2 der Tagesordnung:

**a) Inklusion an Schulen**

Bericht der Landesregierung  
[Drucksache 18/2065](#)

(überwiesen am 10. September 2014 an den **Bildungsausschuss** und den Sozialausschuss zur abschließenden Beratung)

**b) Resolution zum Erhalt von Förderzentren**

Antrag der Fraktion der FDP  
[Drucksache 18/1731](#)

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW  
[Drucksache 18/1791](#) - selbstständig -

(überwiesen am 10. April 2014)

**c) Neue Lösungswege zur Inklusion in Schulen**

Antrag der Fraktion der FDP  
[Drucksache 18/1996](#)

(überwiesen am 18. Juni 2014)

Auf Vorschlag der Vorsitzenden verständigt sich der Ausschuss, zu den [Drucksachen 18/1681](#), [18/1996](#) und 18/2065 bis Ende Oktober 2014 schriftliche Stellungnahmen einzuholen.

In der Ausschusssitzung am 6. November 2014 will der Ausschuss über das weitere Verfahren (eventuell eine mündliche Anhörung Anfang 2015) entscheiden.

Punkt 3 der Tagesordnung:

**Bericht des Bildungsministeriums über befristete Verträge für Lehrerinnen und Lehrer**

Vorlage des Bildungsministeriums  
[Umdruck 18/3296](#)

Frau Ernst, Ministerin für Schule und Berufsbildung, stellt klar, dass man das Instrument befristeter Verträge auch zukünftig brauche, es aber gelungen sei, die Zahl der befristeten Verträge um rund 200 Fälle zu reduzieren.

Abg. Klahn stellt fest, dass Ministerin Dr. Wende ihrem eigenen Anspruch nicht habe gerecht werden können, die Zahl befristeter Beschäftigungsverhältnisse weitgehend abzubauen.

Staatssekretär Loßack bekräftigt die Zielsetzung der Landesregierung, so viele Lehrkräfte wie möglich mit unbefristeten Verträgen zu versehen. Befristete Verträge würden nur geschlossen, wenn es einen Befristungsgrund gebe, und zwar für Verträge zu Beginn des zweiten Schulhalbjahrs in der Regel bis zum 31. Juli, Verträge im Laufe des zweiten Halbjahrs bis zu dem Zeitpunkt, zu dem der Befristungsgrund wegfalle.

Herr Stotz, Leiter des Referats Lehrkräfte an schulamtsgebundenen Schulen, ergänzt, durch den saisonalen Verlauf komme es zu Schwankungen, die nicht vorherzusehen seien. Die kw-Stellen würden genutzt, um unbefristete Einstellungen zu ermöglichen; eine erhebliche Zahl mobiler Vertretungslehrkräfte in den Kreisen sei unbefristet beschäftigt. Auch das Land habe als Arbeitgeber mit Blick auf die Konkurrenzsituation am Arbeitsmarkt ein Interesse daran, Lehrkräfte möglichst unbefristet einzustellen und den Lehrerberuf attraktiv zu machen. Die Fahrtkostenerstattung für mobile Vertretungslehrkräfte sei zufriedenstellend gelöst.

Der Ausschuss nimmt den Bericht [Umdruck 18/3296](#) zur Kenntnis.

Punkt 4 der Tagesordnung:

**Landesweit einheitliche Standards für Entwicklungsberichte von Kompetenzen in Grundschulen**

Antrag der Fraktion der PIRATEN  
[Drucksache 18/2212](#)

**Zeugnisnoten in Kombination mit Lernentwicklungsberichten sind eine bereichernde Chance für alle**

Antrag der Fraktionen von CDU und FDP  
[Drucksache 18/2257](#) (neu)

(überwiesen am 11. September 2014)

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und der Abgeordneten des SSW  
[Umdruck 18/3336](#)

Abg. Krumbeck bringt den Änderungsantrag von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW, [Umdruck 18/3336](#), ein. Inklusive Schule und gemeinsames Lernen verträgen sich nicht mit Leistungsdruck. Um mehr Sicherheit zu schaffen, sei es wichtig, dass das Ministerium schnellstmöglich Muster für die an Kompetenzen orientierten Entwicklungsberichte vorlege.

Abg. Franzen wirbt für die Annahme des Änderungsantrags von CDU und FDP, [Drucksache 18/2257](#) (neu). Die Kombination von Zeugnisnoten und Lernentwicklungsbericht zur Dokumentation des individuellen Leistungsstands sei eine bereichernde Chance für alle. Die Mehrheit der Eltern wolle, dass Noten auch an Grundschulen erhalten blieben, und die Eltern bräuchten gerade nach Wegfall der Schulartempfehlung eine aussagekräftige Zeugnisform, mit der alle zurechtkämen.

Abg. Vogel macht darauf aufmerksam, dass es aus den Grundschulen unterschiedliche Rückmeldungen gebe. Weil schlechte Noten kein geeignetes Instrument zur Motivation seien, müssten andere Kriterien der Bewertung gefunden werden. Er kenne keine Gemeinschaftsschule, die sich nach Noten in den Jahrgangsstufen 5 bis 7 zurücksehe.



Abg. Strehlau begrüßt, dass sich viele Schulen auf den Weg gemacht hätten, andere Formen der Bewertung zu finden, die Schülerinnen und Schüler eher zu Leistungsbereitschaft motivierten als Noten und den individuellen Lernfortschritt eines Kindes hervorheben. Noten sollten erst so spät wie möglich erteilt werden.

Abg. Klahn appelliert, nicht gänzlich auf Noten zu verzichten. Eltern, Schülerinnen und Schülern sollte frühzeitig die bestmögliche und differenzierte Rückmeldung über ihre Leistungen gegeben werden, was durch eine Verbindung von Berichts- und Notenzeugnis der Fall sei, das im Übrigen auch beim Umzug in ein anderes Bundesland erforderlich sei. Noten bildeten am besten ab, wo ein Kind im Vergleich zu anderen stehe. Eine schlechte Note mache als Warnschuss durchaus Sinn. Es sei zu spät, Schülerinnen und Schüler erstmalig in dem Schuljahr mit Noten zu konfrontieren, in dem sie den ersten allgemeinbildenden Schulabschluss machten.

Abg. Harms macht darauf aufmerksam, dass in Grundschulzeugnissen neben den Leistungen auch die persönliche Entwicklung und andere wichtige Faktoren beschrieben würden.

Auch Abg. Habersaat stellt auf die individuelle Förderung und Bewertung ab und betont die Forderung, schnellstmöglich Muster für die Entwicklungsberichte vorzulegen und auf der Grundlage einer geeigneten Evaluation standardisierte Vorgaben für die Entwicklungsberichte zu entwickeln.

Auf Fragen der Vorsitzenden bestätigt Frau Schiffler, Leiterin des Referats Grundschulen, Regionalschulen und Gemeinschaftsschulen ohne Oberstufe, mit der Änderung des Schulgesetzes habe man Wünsche aus dem Bildungsdialo g aufgegriffen. Zu den Grundschulzeugnissen und Entwicklungsberichten gebe es eine Fülle von Erfahrungen und Handreichungen; das Bildungsministerium werde auf der Grundlage einer Evaluation verbindliche Vorgaben für Entwicklungsberichte erstellen.

Mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP wird der Änderungsantrag [Drucksache 18/2257](#) (neu) abgelehnt und der Antrag [Drucksache 18/2212](#) in der Fassung des Änderungsantrags [Umdruck 18/3336](#) angenommen.

Punkt 5 der Tagesordnung:

**Palliativstation am UKSH, Standort Lübeck**

Vorlage des Wissenschaftsministeriums  
interner [Umdruck 18/3192](#)

Mit dem Konzept zum Neubau einer Palliativstation am UKSH in Lübeck, interner [Umdruck 18/3192](#), will sich der Bildungsausschuss gemeinsam mit dem Finanzausschuss am 2. Oktober 2014 weiter befassen.

Punkt 6 der Tagesordnung:

### **Bericht Konzept für Familienzentren**

Bericht der Landesregierung

[Drucksache 18/2026](#)

(überwiesen am 11. Juli 2014 an den **Sozialausschuss** und den **Bildungsausschuss** zur abschließenden Beratung)

Auf Fragen der Vorsitzenden teilt Herr Dr. Hempel, Leiter des Referats Kindertageseinrichtungen im Sozialministerium, mit, sieben Anträge von Kreisen und kreisfreien Städten auf Förderung lägen vor. Eine Auszahlung sei schon erfolgt. Der Prozess laufe, und man hoffe, dass die Mittel bis Jahresende abflössen.

Der Ausschuss nimmt den Bericht [Drucksache 18/2026](#) abschließend zur Kenntnis.

Punkt 7 der Tagesordnung:

**Terminplanung 2015**

[Umdruck 18/3269](#) (neu)

Einstimmig beschließt der Bildungsausschuss die Sitzungstermine für das Jahr 2015, [Umdruck 18/3269](#) (neu).

Punkt 8 der Tagesordnung:

**Verschiedenes**

- a) Am 24. September 2014 führt der Bildungsausschuss die Veranstaltung zum digitalen Lernen an Schulen durch.
  
- b) Die CDU-Fraktion benennt den Immobilienverband für die schriftliche Anhörung zum Denkmalschutzgesetz nach.

(Unterbrechung von 15:05 bis 15:25 Uhr)

Punkt 9 der Tagesordnung:

### **Vorstellung der neuen Wissenschaftsministerin, Kristin Alheit**

Antrag der Fraktion der CDU

[Umdruck 18/3324](#)

Frau Alheit, die neue Wissenschaftsministerin, skizziert ihre wissenschaftspolitischen Ziele. Sie wolle die Profile der schleswig-holsteinischen Hochschulen weiter stärken (Selbstständigkeit der Stiftungsuniversität Lübeck ausbauen, Exzellenzinitiativen verstetigen, Europa-Universität Flensburg mit Leben füllen), die Forschung in den Zukunftsfeldern Energiewende, Medizin und maritime Kompetenzen sowie die Kooperation und das gemeinsame Auftreten der Hochschulen vorantreiben, die Leistungsfähigkeit des Wissenschaftssystems und die Situation der Studierenden verbessern (studentisches Wohnen, Gleichstellung und soziale Hochschule fördern) und die Kooperation mit den norddeutschen Bundesländern, Berlin und Brüssel ausbauen (zum Beispiel Windenergie).

Abg. Günther äußert die Sorge, dass der Wissenschaftsbereich durch die Organisationsentscheidung des Ministerpräsidenten Schaden leide.

Ministerin Alheit erwidert, sie freue sich auf die neue Aufgabe als Wissenschaftsministerin und sehe viele Schnittmengen zwischen Wissenschafts- und Gesundheitsbereich. Ein vollständiger Umzug der Wissenschaftsabteilung (fünf Referate) ins Sozialministerium sei aus Platzgründen nicht möglich. Sie werde in nächster Zeit alle Hochschulen besuchen. Über den Zeitplan zur Novellierung des Hochschulgesetzes werde sie den Bildungsausschuss unterrichten.

Die Vorsitzende, Abg. Erdmann, schließt die Sitzung um 15:50 Uhr.

gez. Anke Erdmann

Vorsitzende

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer